

Nr.

1

Januar
1987

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Walter Dirks · Eugen Kogon · Heinz Kühn
Johannes Rau · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1987
34. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)

Ständige Mitarbeit:
Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Ulrich Gemhardt
Ferdinand W. Menne

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 66,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Redaktionsbeirat:
Siegfried Bangert
Frank Benseler
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Bruno Friedrich
Ulrich Gemhardt
Horst von Gizycki

Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Friedrich-Wilhelm Witt

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreislise Nr. 14
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Zum Inhalt

„Spanien – Kultur, Gesellschaft, Politik“ ist der zweite Versuch der NG/FH nach dem „Italien-Heft“ 3/86, ein Schwerpunktthema einem Land zu widmen. Daß dabei der erfüllbare Anspruch nicht sein kann, Umfassendes oder gar Vollständiges zu publizieren, versteht sich schon aus Platzgründen. Vielmehr sollten einzelne, wichtige Aspekte herausgegriffen und – wenn möglich – durch einen roten Faden verknüpft werden.

Spanien ist, was die Kenntnis innen- und außenpolitischer Zusammenhänge, der ökonomischen und kulturellen Entwicklungen anlangt, für die meisten Bundesbürger eher ein unbekanntes Terrain. Daran haben auch weder die Beliebtheit des „Teutonengrills“ noch der Eintritt in die EG viel ändern können. Aber auch diejenigen, die sich für an iberischer Kultur Interessierte halten können, dürften nach der Lektüre des Artikels von Michi Strausfeld erstaunt (und vielleicht auch erschrocken) sein, was sie alles nicht kennen. Jedenfalls hat gerade in der jüngeren Gegenwart die spanische Kultur weit mehr zu bieten als wohl die meisten vermuten.

Der Spanische Bürgerkrieg war als militärische und politische Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges für ganz Europa von schrecklicher Bedeutung. Für die europäische Linke war er die letzte und entscheidende Niederlage vor der faschistischen Nacht über Europa. Diese Niederlage war noch härter und brutaler als die vorangegangenen Niederlagen in Italien und Deutschland, denn die Linke unterlag nicht nur mit Hilfe Hitlers und Mussolinis dem spanischen Faschismus, sondern auch Stalin und dem Stalinismus. Die dokumentierte Analyse Willy Brandts aus dem Jahre 1937, seinerzeit geschrieben für den SAP-Vorstand, ist auch (aber nicht nur) aus diesem Grunde noch heute von großem politischen und historischen Interesse.

Bei der Betrachtung dieses NG/FH-Schwerpunktes mag das Fehlen spanischer Autoren als Mangel erscheinen. Dies muß nicht so bleiben, Korrekturen oder Ergänzungen dieses deutschen Spanienbildes sind willkommen.

*

In 10/86 wurde ein Brief an Peter Glotz (ungekürzt) abgedruckt, in dem die anonyme Autorin in erstaunlich primitiver Weise Antisemitismen ausbreitet. Peter Glotz hatte kurz vorher, nämlich am 9. August 1986, in München eine Rede gehalten, in der er unter anderem behauptet hatte, man könne heute „in Deutschland wieder antisemitisch play-

pern, wie einem der Schnabel gewachsen ist“. Diese Beobachtung brachte Peter Glotz in Zusammenhang mit dem Kohl-Satz von der „Gnade der späten Geburt“. Der Kanzler habe historische Schuld auf sich geladen, in dem er die Tabugrenze gesenkt habe. Zur Veröffentlichung des anonymen Briefes schreibt der Vorsitzende des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, das folgende:

Sehr geehrter Herr Dr. Glotz, in der Oktoberausgabe von „Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte“ habe ich einen anonymen Brief vom 12. 8. 86 an Sie gelesen, der ein Musterbeispiel für die „Stürmerpropaganda“ des Naziverbrecherrigimes ist.

Für mich ist unverständlich, daß man einen solchen Brief veröffentlicht und damit der Öffentlichkeit nazistische und antisemitische Ungeheuerlichkeiten übermittelt.

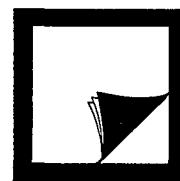
Was soll ein Leser dieser Zeitschrift von einem solchen Schreiben denken? Glauben Sie, daß es der Sache dienlich ist, wenn man solche angeblichen Vor- komnisse der Zwanziger Jahre veröffentlicht?

Die Unverschämtheiten und Lügen in diesem Brief hätten m. E. in einer Zeitschrift wie „Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte“ keinen Platz finden dürfen.

*Mit freundlichen Grüßen
Werner Nachmann*

Die NG/FH-Redaktion glaubt gute Gründe für die Veröffentlichung gehabt zu haben, denn gerade, weil sie den Inhalt des Briefes für empörend und skandalös hält, andererseits aber wirklich keinerlei Anlaß hat, zu glauben, daß ausgerechnet Leser der „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ durch dergleichen Schmierereien agitiert werden könnten, schien (und scheint) es ihr notwendig und sinnvoll, ihre Leser auch durch derartige grobe Mittel darauf aufmerksam zu machen, was derzeit nicht nur in Ecken und Winkeln in unserer Gesellschaft an braunen Sumpfbblasen wieder hochkommt. Und keineswegs zufällig mit dem vielleicht verharmlosenden Titel „Neokonservatismus“ abgedruckt, in dem sich beispielsweise Jürgen Kocka mit „Kritik und Identität, Nationalsozialismus, Alltag und Geographie“ auseinandersetzt und Theo Rasehorn den „Kleinbürger als politischen Ideologen“ beschreibt. Jedenfalls: Wenn die Redaktion nicht sicher wäre, daß „ihre“ Leser in der Lage sind, den fraglichen anonymen Dreck als solchen zu erkennen, könnte sie eigentlich ihre Arbeit einstellen. Zumindest wäre sie politisch ziemlich sinnlos.

H.S.



Inhaltsverzeichnis

Seite	Autor	Titel
4	Thomas Rothschild	Opfer als Täter als Opfer. Jurek Beckers neuer Roman „Bronsteins Kinder“
6	Karsten D. Voigt	Realismus – Alterskrankheit des Linksradikalismus?
10	Klaus Meyer-Abich	Weiterbildung der Hochschule durch Weiterbildung an der Hochschule
15	Horst Pöttker	Vielfalt als Vorwand. Zur Öffnung des Rundfunks für private Programmanbieter
26	Klaus Bloemer	Gretchenfragen an West und Ost
		Thema: Spanien – Kultur, Gesellschaft, Politik
28	Hans Roland Fäbler	Die spanischen Sozialisten und die Macht
33	Michi Strausfeld	Nicht nur Carmen und Toreros. Der Beitrag der spanischen Kultur zu Europa
38	Willy Brandt	Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien. Referat auf der Sitzung der erweiterten Parteileitung der SAP (1937)
54	NG/FH-Gespräch mit Peter von Oertzen	„Eine überaus sympathische Unmittelbarkeit der Aktionen.“ Über Anarchosyndikalismus und libertäre Tradition in Spanien
61	Patrik von zur Mühlen	„Spaniens Himmel breitet seine Sterne . . .“ Mythos und Realität der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg
64	Heinz Timmermann	Verwirrend und ohne Perspektive. Die Lage der spanischen Kommunisten
68	Walther L. Bernecker	Arbeitsbeziehungen und Demokratisierung in Spanien
74	Christian Schnitzler	Der lange Weg zum nordirischen Frieden
78	Clemens-Peter Haase	Formierung und Spaltung der finnischen Sozialdemokratie
83	Christian Zänker	Die endgültige Spaltung der finnischen Kommunisten
88	Horst Dichanz	Sozialist in Amerika
91		Kritik

Das Titelbild wurde von Maina Munsky und Peter Sorge nach einem Foto aus dem Katalog „Spanisches Tagebuch/Hans Namuth – Georg Reisner“ gearbeitet.

Willy Brandt Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien Referat auf der Sitzung der erweiterten Parteileitung der SAP (1937)

Im Februar 1937 begab sich Willy Brandt, der damals der 1931 von der SPD abgespaltenen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) angehörte, von Oslo aus nach Barcelona, wo er die Aufgaben eines Verbindungsmannes der SAP-Auslandsleitung zum linkssozialistischen spanischen Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM) übernahm. Daneben arbeitete Willy Brandt als Korrespondent für die norwegische Presse und als Beauftragter der norwegischen Spanienhilfe. Kurz vor der von den Kommunisten veranlaßten Verhaftungswelle im Juni 1937, die sich insbesondere gegen Funktionäre der POUM und der SAP richtete, konnte er Spanien wieder verlassen. Anfang Juli 1937 hielt Willy Brandt vor der erweiterten Parteileitung der SAP in Paris ein ausführliches Referat über Situation und Perspektiven im Spanischen Bürgerkrieg, das wir nachstehend dokumentieren.

Ein Jahr lang schon tobt der revolutionäre Krieg in Spanien. Ein Jahr lang sind wir Zeugen dieses größten Ereignisses in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung seit der großen russischen Revolution. Schon im Oktober 1934, als sich die asturischen Bergarbeiter erhoben und ihre Losung „Sterben oder siegen“ in die Tat umsetzen, wußten wir, daß wir von Spanien Großes zu erwarten hatten. Nach den demoralisierenden Wirkungen der deutschen Niederlage war das damals ein Aufrütteln. Widerstand entfaltete sich gegen die faschistische Reaktion, es zeigten sich Beweise für den Wiederanstieg der sozialistischen Kräfte.

Heute und seit einem Jahr wird auf dem Boden der iberischen Halbinsel die erste offene Schlacht gegen den internationalen Faschismus ausgefochten. Sie ist ein Vorgefecht in der großen, unweigerlich herannahenden Weltauseinandersetzung zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen Faschismus und Sozialismus. Und die Vorentscheidung Spanien ist bis heute eine Entscheidung zugunsten des Fortschritts, der Freiheit, des Sozialismus. Zehntausende spanischer und internationaler Sozialisten und Kommunisten haben für diesen Kampf ihr Leben gegeben. Wir verneigen uns vor ihnen als den wirklichen Avantgardisten internationaler proletarischer Solidarität.

Wir bangen um das Schicksal der spanischen Revolution, des revolutionären Krieges. Wir sehen die großen Gefahren, die sich aufgetürmt haben. Aber größer als unsere Sorgen um das Heute ist unsere Achtung vor dem Vollbrachten. Als Angehörige der geschlagenen deutschen Arbeiterbewegung haben wir vor allem zu lernen und zu helfen. Aber wir haben auch die Pflicht, die spanische Bewegung kritisch zu würdigen, um unsere Erfahrungen zu vermitteln und um für unseren eigenen weiteren Kampf zu lernen. Wir müssen helfen und kritisieren, um zu helfen.

Der Hintergrund

Was haben wir schon von Spanien, von den Spaniern gewußt, bevor der große Kampf im Juli vergangenen Jahres begann? Aber auch umgekehrt: was wußten sie schon von uns? – Es ist ein steiler Sturz, den Spanien durchmachte: vom ersten Kulturstaat Europas über die gleichbleibend ruinierende Herrschaft der Bourbonen, Habsburger und der katholischen Kirche bis zu einem abgeschiedenen, zurückgebliebenen Vasallenstaat, bis zu einem verlotterten Verwandten der europäischen Staatenfamilie. Bismarck soll einmal gesagt haben: „Unter allen Nationen bewundere ich die spanische am meisten. Wie lebenskräftig muß doch dieses Volk sein! Seine Regierungen bemühen sich ausnahmslos, es zugrunde zu richten, und haben es noch nicht fertiggebracht.“ Halten wir uns jedoch nicht bei verlockenden Parallelen aktuellster Prägung auf, schauen wir zunächst auf den Hintergrund des heutigen Geschehens.

Spanien ist nicht nur nie mit der bürgerlichen Revolution fertig geworden, es hatte die wesentlichsten Aufgaben der bürgerlichen Revolution überhaupt noch vor sich: die Brechung der Macht der Kirche, des Adels, der Großgrundbesitzer und der übrigen Elemente des Feudalismus. Eines Feudalismus, der auf das Engste verflochten und versippt ist mit den Mächten des spanischen und des internationalen Großkapitals.

Spanien ist ein Agrarland. Nach der Berufszählung von 1920 arbeiteten nahezu 3/5 der Berufstätigen in der Landwirtschaft, ein knappes Viertel in der Industrie. Die spanische Landwirtschaft ist eine der primitivsten in Europa. Diese Zurückgebliebenheit war geradezu die Sicherung für die Aufrechterhaltung der feudalen Bodenverhältnisse, die deshalb auch schon vor der Jahrhundertwende durch hohe Zölle geschützt wurden. Der Weizenpreis lag in Spanien um das Vierfache höher als der Weltmarktpreis. 12 000 Familien hatten die Hälfte des ländlichen Besitzes in ihren Händen. Die große Masse der ländlichen Bevölkerung bestand aus den Millionen der Kleinbesitzer und Pächter, die zumeist unter den kärglichsten Bedingungen lebten, und den Landarbeitern, die, wie in Andalusien, mit dem Vieh zusammen in Stroh- und Lehmhütten hausten und deren Tagelöhne trotz der gesetzlichen Höhe von 3,5 Peseten bis auf 60 Centimos fielen. Ein krasses Beispiel für die Zurückgebliebenheit ist die Tatsache, daß es noch heute mehr als 5 000 Orte mit über tausend Einwohnern in Spanien gibt, die ohne einen Tropfen Trinkwasser sind, das stundenlang mühselig herangeholt werden muß.

In einigen Teilen des Landes gibt es eine entwickelte In-

dustrie. So vor allem die Schwerindustrie im Norden, die Textilindustrie in Katalonien und eine Fertigwarenindustrie in Madrid. Die Industrie ist vorwiegend in den Händen ausländischen Kapitals. Ausländische Bankfürsten und spanische Granden thronen über der Masse der Bevölkerung, die in Elend und Unfreiheit lebt.

Die bestorganisierten Mächte der spanischen Gesellschaft waren die Kirche und die Armee. 1924 zählte man eine Armee von 12 000 Mönchen und 42 000 Nonnen. Die katholische Kirche stellte eine gewaltige wirtschaftliche Macht dar. Sie war nicht nur der erste Grubenbesitzer im Lande, sondern besaß alle Arten von Unternehmungen. Und die Kehrseite der Medaille: im Zeichen der kulturellen oder besser anti-kulturellen Macht der Kirche bestand die Hälfte der Bevölkerung aus hundertprozentigen Analphabeten. 50 % der Kinder besuchten keine Schule. Von den anderen ging wiederum die Hälfte in die Pfaffenschule.

Mit der Armee sah es so aus, daß auf sechs Soldaten ein Offizier kam! Das Offizierkorps bot nicht nur Unterschlupf für die feudalen Herrenhöhnchen, sondern auch für einen Teil der Jugend des Bürgertums, der in entwickelteren Ländern von der Wirtschaft und vom zivilen Staatsapparat aufgenommen wird. In der Staatsmaschinerie herrschte eine unglaubliche Korruption und innere Fäulnis.

Gleichzeitig muß man sehen, daß das Kleinbürgertum in Spanien ein wesentlich stärkeres soziales Gewicht hat, als das etwa in der russischen Revolution der Fall war. Innerhalb des Kleinbürgertums spielte eine ganz besondere Rolle die bürgerliche Intelligenz, die Träger der demokratischen und d. h. zumeist gleichzeitig der separatistischen Bewegungen war. Auf der anderen Seite hatte die Entwicklung, die der Entscheidung im vorigen Jahr voranging, bewiesen, daß auch in Spanien das Kleinbürgertum nicht fähig war, eine selbständige politische Rolle zu spielen, geschweige denn die Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu verwirklichen.

Die spanische Arbeiterbewegung trägt sehr deutlich die Züge der Zurückgebliebenheit des Landes. Die Anfänge der Arbeiterbewegung gehen bis in die 30er und 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Seit 1870 ist der Anarchosyndikalismus eine Macht. Um diese Zeit wurde er in Katalonien durch einen Schüler Bakunins ausgebreitet und organisatorisch zusammengefaßt. Der Anarchosyndikalismus hatte mit seinen Postulaten der direkten Aktion, des scharfen Antiparlamentarismus, Antiklerikalismus und Dezentralismus einen günstigen Nährboden in einer Arbeiterbevölkerung, die bei schlimmster Ausbeutung keine Möglichkeit zur Teilnahme am politischen Leben hatte. Das Gleiche galt für die unter unmenschlichen Bedingungen lebende Landarbeiterschaft. Um dieselbe Zeit, als der Anarchismus besonders in Katalonien Fuß faßte, entstand in Madrid unter Pablo Iglesias der Ausgangspunkt des marxistischen und im weiteren Verlauf reformistischen Flügels der Arbeiterbewegung. Die revolutionären Traditionen der spanischen Arbeiterbewegung liegen überwiegend bei den Anarchisten.

Schon nach dem letzten Weltkrieg wurde Spanien von einer breiten revolutionären Bewegung erfaßt, die aus den

während der Kriegszeit – Spanien blieb bekanntlich neutral – gewachsenen politischen und sozialen Spannungen resultierte und die Arbeiterbewegung in einem solchen Maße radikalisierte, daß die CNT vorübergehend den Weg bis nach Moskau ging.

Die jetzige Entwicklung der spanischen Revolution datiert seit 1930, seit dem Rücktritt des Diktators Primo de Rivera. Die Weltwirtschaftskrise, die 1929 begann, hat mit aller Schärfe auch Spanien erfaßt und die alte Ordnung aus den Fugen gebracht. Im April 1931 erlitten die monarchistischen Parteien eine mächtige Schlappe bei den Gemeindevahlen. Die Monarchie fiel, und am 16. April wurde die Republik proklamiert. In den nun folgenden Jahren erleben wir auch in Spanien, daß Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie unfähig sind, die bürgerliche Revolution durchzuführen. Im September 1933 gibt es durch den reaktionären Wahlsieg einen starken Rückschlag, aber die Arbeiterbewegung ist reifer geworden, sie macht einen Klärungsprozeß durch. Im Oktober 1934 erheben sich in einem heldenhaften Kampf die asturischen Bergarbeiter gegen die Aufnahme der Gil Robles-Leute in die Regierung. Asturien wird niedergeschlagen, viele tausend ermordet, 30 000 werden eingesperrt, es beginnt die blutigste Periode des „schwarzen Doppeljahres“, der Niederknüpfung der Arbeiterbewegung. Aber der Strom ist nicht mehr abzudämmen. Die Unterdrückungsmaßnahmen der Reaktion führen zum Umsichgreifen einer mächtigen demokratischen Massenbewegung, zu großen Streiks der Arbeiter und zu Bewegungen der Landarbeiter, Pächter und Kleinbauern. Das alles bildet die Basis für die spanische Volksfront, unter deren Zeichen das Spanien von 1935/36 steht.

Fassen wir zusammen: In Spanien ist die bürgerliche Revolution noch durchzuführen. Sie kann nur durchgeführt werden als Volksrevolution unter der Führung der Arbeiterklasse. Die Arbeiter können aber bei der Er kämpfung der demokratischen Reformen nicht stehen bleiben. Sie müssen für die sozialistische Vollendung der Revolution kämpfen. Die Elemente der demokratischen und der sozialistischen Revolution verflechten sich miteinander, werden unteilbar. Darum bezeichnen wir den Charakter der spanischen Revolution als demokratisch-sozialistisch.

Die spanische Volksfronterfahrung

Wir sagten schon, daß die Basis für die Volksfront geschaffen wurde durch die demokratische Massenbewegung – besonders gegen das Oktoberunrecht – durch die Streiks der Arbeiter und die Agrarbewegungen – und man muß hinzufügen, durch die Radikalisierung und das Streben nach Einheit in der Arbeiterklasse und das Erkennen, daß man ohne ein festes Bündnis mit den breiten Volksmassen nicht vorwärts kommen konnte. Das Wahlabkommen der linken Parteien – der Volksfront-Wahlpakt mit einem ziemlich bescheidenen Programm, aber mit der konkreten Zielsetzung des Sturzes der Lerro-Gil Robles und der Amnestie für die politischen Gefangenen – wurde erst im Januar '36 unterzeichnet. Im Februar erreichte die Volksfront die Mehrheit der Mandate und (entgegen anderslautenden Berichten) auch die Mehrheit der Stimmen. Zum

ersten Male verzichteten die Anarchosyndikalisten auf ihre „Wählt nicht“-Parole.

Aus dem Februarwahlsieg ergab sich zweierlei: ein neuer Auftrieb für die Volksfrontmassenbewegung und eine Volksfront-Regierung, zunächst unter Azaña, dann unter Quiroga. Regierung und Massenbewegung sind jedoch nicht identisch. Die Regierung hemmte nicht nur die Bewegung, sie entfremdete sich ihr auch immer mehr und stellte sich in vielen Fragen gegen sie. Sie ließ den alten Staatsapparat im wesentlichen weiterbestehen. Mola bekam eine wichtige Kommandostelle im Heer. Franco wurde so versetzt, daß er eine entscheidende Kommandantur erhielt. Man duldete die Putschvorbereitung der Reaktion. Die Regierung ließ die katholische Kirchenmacht und das Großkapital im wesentlichen ungeschoren. Sie setzte für die Agrarreform ein Schnecken tempo fest. Nicht genug damit, Guardia Nacional wurde dort eingesetzt, wo die Bauern selbst zur Bodenaufteilung schritten. Das alte Kolonialsystem wurde aufrechterhalten. Kurz: die Regierung betrieb eine schwächliche, schwankende und damit in vielem reaktionäre Politik.

Ist das aber gleichbedeutend damit, daß die Taktik der Volksfront vom proletarischen Standpunkt aus untauglich ist? Keineswegs. Es gibt Leute, die sich die Erkenntnis des Geschehens auf die Weise unmöglich machen, daß sie erklären: Die Volksfront hat die Schuld am Juniputsch, sie hat eigentlich zu nichts anderem geführt als zu diesem reaktionären Aufstand. Und nach dem Rezept „Ende schlecht, alles schlecht“ hat man damit die ganze Frage der Volksfront „erledigt“. Ja, die Volksfront-Regierung hat eine große geschichtliche Schuld auf sich geladen, daß sie die Putschvorbereitung zuließ. Aber das ist nur die eine Seite. Andererseits nämlich hatte die Volksfrontbewegung zu einer solchen Zuspitzung der Klassenkampfsituation, zu einer solchen Stärkung der Arbeiterkräfte in ihr geführt, daß die Reaktion zur präventiven Konterrevolution getrieben wurde. Der Eröffnungsschuß am 17. Juli in Marokko erfolgte etwas zu früh. Aber es war nur noch eine Frage von Tagen. Heute ist einwandfrei bewiesen, daß bereits eine Woche nach den Februarwahlen eine faschistische Konferenz in Valencia stattfand, auf der nicht nur Putschpläne gebrütet wurden, sondern auf der auch bereits über die aktive Unterstützung Nazi-Deutschlands berichtet werden konnte. Wir sagen, die Reaktion griff zur präventiven Konterrevolution. Denn das, was formell ein Angriff gegen die demokratische Republik war, das bedeutete im Kern der Sache einen Schlag der reaktionären Mächte gegen die herannahende zweite Revolution.

Die Reaktion war damit in die Rolle von Rebellen gegen die Legalität gedrängt. Das bot nicht nur innen- und außenpolitische Vorteile, das trug auch dazu bei, Teile von Heer und Polizei mit den Arbeitern in eine Front zu bringen. Man wird sich daran erinnern, daß am 12. Juli ein junger Offizier der Guardia de Asalto in Madrid von Reaktionären ermordet wurde. Am folgenden Tag mußte der reaktionäre Politiker Sotelo dran glauben. Die aktivistischen Elemente der „Asaltos“ wollten durchgreifen. Und die Guardias de Asaltos, die republikanischen Schutzgarden, sind

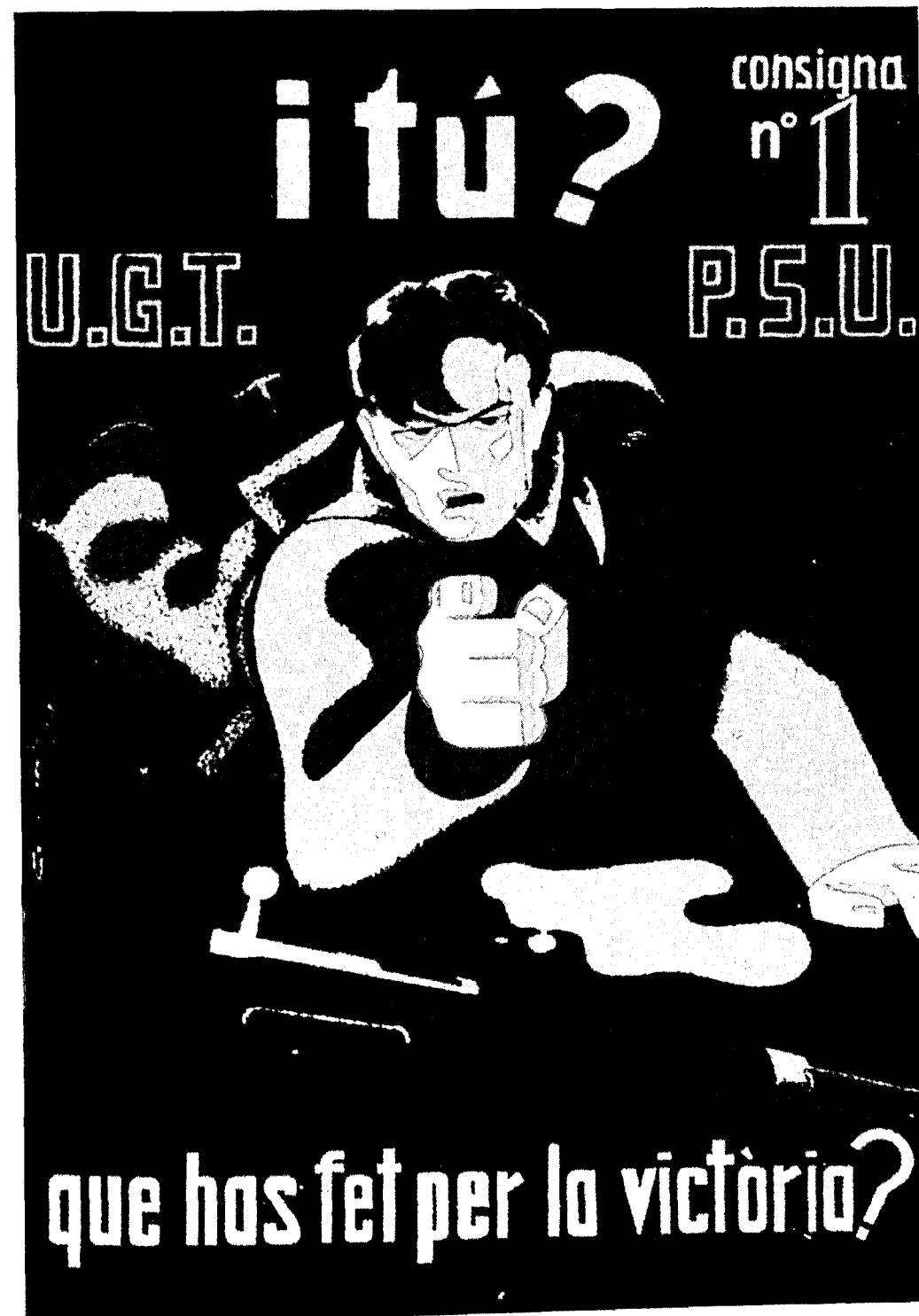
denn auch so gut wie hundertprozentig auf der Seite der Regierung und der Arbeiter geblieben. Vom Heer gingen 90 % der Offiziere und 2/3 der Soldaten mit Franco, außerdem der größte Teil der Guardia Nacional. Aber zu den Asaltos und dem einen Drittel der Soldaten kam die Mehrzahl der Flotte und der Luftwaffe. Man muß sich fragen, was erst bei einer entschlossenen Regierungspolitik gegen die Reaktion in dieser Hinsicht hätte erreicht werden können. Und hier können wir ernsthaft die Frage aufwerfen, ob es nicht im Interesse der spanischen Revolution lag, wenn sich die spanische Arbeiterklasse nach den Februarwahlen selbst an der Regierung beteiligt hätte.

Das zweite Argument gegen die Volksfront ist: im Juli versuchte Martinez Barrio, der Führer der republikanischen Union, Teilnehmer an der Volksfront, ein Verständigungskabinettt zu bilden, in dem Mola gar Kriegsminister werden sollte. In vielen Städten verweigerten die Republikaner die Auslieferung der Waffen an die Arbeiter, und dadurch sind wichtige Punkte in die Hände der Faschisten gefallen. Erst am 19. Juli verordnete Giral die Bildung einer Volksmiliz und die Bewaffnung der Arbeiter. Das ist alles wahr. Aber wir dürfen nicht an der Oberfläche bleiben. Kein Revolutionär bestreitet die Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Bündnispartner der Arbeiterklasse. Aber wer nicht blind ist, kann nicht leugnen, daß zugleich etwas viel Wichtigeres sich vollzog, nämlich das Zustandekommen eines wirklichen Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Kleinbürgern und Bauern. In der wirklichen Bewegung setzte sich überall die Führung der Arbeiterklasse durch, die in der Tat die notwendige Voraussetzung einer fruchtbaren Volksfrontpolitik ist.

Der Doppelcharakter des Krieges

Hinter dem Putsch der Militärfaschisten gegen die Republik stand Größeres: der Ausbruch der gewaltigen gesellschaftlichen Spannungen. Das zeigte sich denn auch gleich aus der Formierung der maßgeblichen Kräfte.

Hinter Franco stand der gesamte Feudalismus und die überwältigende Mehrheit der Großbourgeoisie. Francos Massenbasis war von Anfang an sehr schwach. Er konnte sich lediglich auf traditionelle, religiöse und monarchistische Stimmungen des Kleinbürgertums stützen, besonders in Navarra und Galicien. Die spanische Falanx, in der die aktivistischen Strömungen der nationalistischen kleinbürgerlichen Jugend erfaßt waren, mußte inzwischen von der Reaktion selbst niedergemacht werden. Diese Leute träumten von einem „nationalen Syndikalismus“ und orientierten sich stark an dem, was die deutschen Nazis propagiert hatten. Das kann sich aber diese Reaktion nicht leisten. Dazu hat sie nicht genug Spielraum. Sie stützt sich allein auf den brutalen Terror. Man soll die Kraft auch einer solchen, allein auf die blutige Unterdrückung basierten totalen Diktatur nicht unterschätzen. Die faschistische Einheitspartei ist ein sichtbarer Ausdruck der Totalisierung. Aber auf längere Sicht können diese Dinge die fortschreitende Zersetzung im Franco-Lager nicht verhindern. Sie ist schon heute zu spüren und erhält vor allem ihren



Ausdruck durch starke Reibungen zwischen den nationalistisch-spanischen und den ausländischen Offizieren.

Franco ist nicht nur der Repräsentant der spanischen Reaktion, von Feudalismus und Großkapital, er ist der Agent der faschistischen Imperialism[en] Deutschlands und Italiens. Hitler-Deutschland bewährt sich in der spanischen Auseinandersetzung als Haudegen für die Interessen der internationalen Konterrevolution. Es will den revolutionären Herd in Spanien austreten. Hitler-Deutschland ist scharf auf die Rohstoffe Spaniens und Spanisch-Marokkos. Im vergangenen Jahre spielten die Eisenerze aus Marokko und das Kupfer aus den Gruben von Rio Tinto für die deutsche Aufrüstung eine bedeutende Rolle. Hitler-Deutschland ist zugleich bemüht, sein Aufmarschgebiet für den kommenden Weltkrieg vorzubereiten. Es möchte Frankreich in die Zange nehmen und den französisch-russischen Pakt sprengen. Italien verfolgt gleiche klassenmäßige und ähnliche imperialistische Ziele. Es möchte insbesondere durch die Unterwerfung Spaniens zum Herrscher des Mittelmeeres werden. Hinter dem italienischen Faschismus steht aber noch der Vatikan, der in Spanien eines seiner festesten Bollwerke fallen sieht und darum mit einer Verbissenheit zu Werke geht, die an die Zeit der Ketzerverfolgungen erinnert.

Der Kampf der Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, der breiten Massen des spanischen Volkes gegen Feudalismus und Großkapital und ihre internationalen Auftraggeber ist primär ein klassenmäßiges, gesellschaftliches Ringen. In ihm ist jedoch von Anfang an das Element des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit enthalten. Es hat nichts mit Marxismus zu tun, wenn man verkennt oder gar verleugnet, daß das Maß an nationaler Unabhängigkeit, das in der imperialistischen Epoche überhaupt möglich ist, eine Voraussetzung für den Kampf um den Sozialismus darstellt. Indem sich das Proletariat zum bewußten Verfechter der historisch-nationalen Interessen macht – die die Bourgeoisie verrät –, wird es auch zu einem viel stärkeren Anziehungspunkt für die breiten Volksmassen werden. In Spanien haben wir beobachten können, wie im Verlauf der massiven Intervention der faschistischen Großmächte das Element des nationalen Freiheitskrieges immer stärker in den Vordergrund getreten ist. Es ist falsch und führt zu antisozialistischen Konsequenzen, nur den Unabhängigkeitskrieg zu sehen und den Krieg um die Gesellschaftsordnung zu verleugnen, wie das bei der KP der Fall war. Es ist ebenso falsch, über dem Klassenkrieg den Krieg um die Freiheit vom Joch des faschistischen Imperialistenblocks zu vergessen, wie das zumindest bei Teilen der Anarchisten und weitgehend bei der POUM der Fall war. Die richtige Politik kann nur abgeleitet werden aus der Erkenntnis, daß die Elemente des Kampfes um die Gesellschaftsordnung und des nationalen Unabhängigkeitskrieges eng miteinander verflochten sind.

Die Haltung der Weltbourgeoisie bei Ausbruch der spanischen Auseinandersetzung war außerordentlich interessant. Trotz entgegengesetzter nationaler Interessen und imperialistischer Teilinteressen traten die bewußtesten Kreise der Großbourgeoisie in Frankreich und England entschie-

den für Franco ein; die Kerillis, der „Jour“ und „Matin“ etc. in Frankreich, die Rothermere-Presse, aber auch Zeitungen der gemäßigten Konservativen in England. Die „demokratische“ Großbourgeoisie entscheidet sich bei der Wahl zwischen der Preisgabe imperialistischer Teilinteressen und nationaler Interessen gegenüber der Gefahr des Sieges der sozialistischen Revolution ohne Bedenken für die erste Alternative, d. h. für den Sieg Francos. Die französische und englische Regierung spiegeln durch ihre Politik zweierlei wider: einmal diese Haltung der Großbourgeoisie, andererseits den Druck der Arbeiterklasse, die einhellig und trotz aller Manöver mit ihrer Sympathie auf der Seite des antifaschistischen Spanien ist. Aus dieser Zange heraus ist die berüchtigte Nichtinterventionspolitik geboren, die von Blum eingeleitet wurde. Die Nichtinterventionspolitik stellte zunächst mal die rechtmäßige Regierung Spaniens mit den Rebellen auf eine Stufe, sie begünstigte Franco, sie führte zu einer Blockade des antifaschistischen Spanien. Sie gab den Boden ab für die Waffenstillstands- und Kompromißpläne. Die offizielle Nichtintervention war eine Bemäntelung und objektive Hilfe der faschistischen Intervention.

Die internationale Arbeiterklasse hat ihre Solidarität mit ihren spanischen Brüdern in einem früher nie gekannten Ausmaß praktisch bekundet. Millionen sind gesammelt worden. Lebensmittel, Medikamente, Lazarette wurden geschickt. Zehntausende der besten Sozialisten und Kommunisten aus der ganzen Welt reihten sich in Milizen und Volksheer ein und haben in großer Zahl Blut und Leben geopfert. Aber zugleich haben sich die maßgebenden Arbeiter-Organisationen an die Nichtinterventions-Politik der Regierungen angehängt. Sie haben ihre Haltung mit der Notwendigkeit begründet, daß der große Krieg verhindert werden müsse. In Wirklichkeit wird aber auf diesem Wege folgendes erreicht: Durch die Verhinderung der großen gemeinsamen Aktion der Arbeiterklasse kann sich der Faschismus immer weiter vorwagen. Der große Krieg kann nicht verhindert werden, wenn man den „kleinen“ verloren gehen läßt. Die kommende Weltentscheidung zwischen Faschismus und Sozialismus erlebt heute in Spanien eine Vorentscheidung. Da kann die internationale Arbeiterklasse nicht passiv bleiben.

Von den Julikämpfen bis zum Fall von Bilbao

Im Juli erreichten die Arbeiter im Bündnis mit den Bauern und Kleinbürgern einen verhältnismäßig leichten Sieg in den wichtigsten Zentren Spaniens. Das hat dazu geführt, daß man vielfach die danach stehenden Aufgaben nicht ernst genug genommen hat. Einmal rechnete man wohl nicht stark genug mit der ganzen Verbissenheit, die Klassen aufzubringen im Stande sind, die geschichtlich unweigerlich zum Untergang verurteilt sind. Zum anderen war man sich an der antifaschistischen Front bestimmt nicht darüber klar, was alles hinter den rebellierenden Generälen stand.

Zunächst hatte Franco schon darum einen großen Vorsprung in militärischer Hinsicht, weil er über den Großteil der alten Armee verfügte. Man meint, daß es etwa 180 000



Mann waren, einschließlich der Fremdenlegion und der gleich in den ersten Tagen nach Spanien geschafften Marokkaner. Er hatte somit eine ausgebildete, disziplinierte und ausgerüstete Armee. In ihr befanden sich von Beginn an ausländische Ratgeber. Und was stand ihr gegenüber? Keine Armee, aber ein ungeheurer Heroismus des revolutionären Spanien, das sich mit nackten Leibern der militärfaschistischen Armee entgegenwarf. Aus diesen ersten Kämpfen entstanden die antifaschistischen Milizen, fast überall in Form von gesonderten Milizen der verschiedenen antifaschistischen Organisationen. Die Milizianos waren durchweg ohne jede militärische Ausbildung. Es fehlte an Kriegsmaterial und an militärischer Leitung. Unten wie oben fehlte die Koordinierung der antifaschistischen Streitkräfte. Wir brauchen nur an das Mallorca-Abenteuer zu erinnern, um die ganze Schwierigkeit zu erkennen. Die Revolutionäre bewährten sich in den Juli-Tagen. Sie bewährten sich weniger bei den Aufgaben der Kriegsführung, die nach dem Juli zur Lösung standen.

In der Entwicklung des spanischen Krieges können wir ziemlich deutlich verschiedene Abschnitte unterscheiden.

Der erste Abschnitt umfaßt die Julikämpfe in den Straßen von Madrid, Barcelona usw. Er führt zur Niederschlagung der militärfaschistischen Rebellion in den wichtigsten Zentren.

Im zweiten Abschnitt, der sich unmittelbar an die Julikämpfe anschließt, formieren sich die Fronten. Die Rebellen verfügen über eine Süd- und eine Nordarmee. Durch einen Vorstoß längs der portugiesischen Grenze, nach dem Fall von Bajadoz Mitte August mit der fürchterlichen Niedermetzelung in der Stierkampfarena, gelingt ihnen die Vereinigung ihrer beiden Armeen. Sie lenken diese vereinigte Armee gegen die Hauptstadt. Madrids Fall soll das Schicksal des Krieges besiegeln. Die Initiative lag bei den Faschisten. Sie nahmen Irun und brachten damit den republikanischen Norden in eine prekäre Lage. Ende Oktober nahmen sie Toledo. In großem Ausmaß setzten sie Tanks und Flugzeuge deutscher und italienischer Herkunft mit Bemannungen aus den gleichen Ländern ein. Die Lage Madrids erschien tatsächlich völlig hoffnungslos.

Mit dem 7. November, mit dem Scheitern der faschistischen Berennung der Hauptstadt, beginnt der dritte Kriegsabschnitt. Die Waffenhilfe der USSR und der Heldenmut der internationalen Brigaden haben die faschistische Offensive gebrochen. Eine gewisse Stabilisierung tritt an den spanischen Fronten ein. Die antifaschistische Seite lernt, wenngleich sie auch noch schwere Schläge einstecken muß wie den Fall Malagas am 7. Februar. Das antifaschistische Spanien baut ein Heer, bei dessen Schaffung die Internationalen eine ehrenvolle Rolle spielen.

Das Volksheer besteht im März seine erste große Probe in der Abwehr der faschistischen Offensive bei Guadalajara Mitte März, die sich zu einer Vernichtung der italienischen Divisionen auswirkte. In dieser vierten Periode ist die Initiative auf die antifaschistische Seite übergegangen. Auf Guadalajara folgen weitere Erfolge an der Zentrumsfront, Siege bei Pozoblanco usw. im Süden, Erfolge in Asturien und Belebung an der Aragonfront. Die Zersetzung im

faschistischen Lager macht große Fortschritte. Es werden jetzt so viele Überläufer am Tag gemeldet wie früher in der ganzen Woche. Die Zahl der Partisanen nimmt zu. Die Faschisten entschließen sich in dieser Situation dazu, massiv gegen die baskische Front vorzugehen. Die fürchterlichen Vernichtungsbombardements auf Durango und Guernica in der ersten Aprilhälfte zeigen, wessen Franco-Hitler-Mussolini fähig sind.

Mitte Juni etwa beginnt ein fünfter Abschnitt des Krieges. Bilbao, die tapfer verteidigte Hauptstadt des baskischen Landes, wird am 18. Juni genommen. Eine endlich unternommene Aragonoffensive scheidet trotz großen Materialeinsatzes. Die militärische Lage wird kritisch, nicht mal in erster Linie wegen des Falles von Bilbao, mit dem man seit Monaten rechnen mußte, sondern vor allem wegen der demoralisierenden Vorgänge im Hinterland, über die gleich zu sprechen sein wird. Die militärische Lage wird ausgesprochen kritisch, aber nicht hoffnungslos. Neue Vorstöße an der Zentrumsfront zeigen, wessen die antifaschistischen Soldaten sogar in dieser Zeit der inneren Spannungen fähig sind. Das antifaschistische Spanien hat hinter seinem Heer von einer halben Million noch große Reserven. Reserven, die Franco in diesem Ausmaß längst nicht hat. Im antifaschistischen Spanien gibt es Dolchstöße im Hinterland, das ist schlimm genug. Aber die Francosche Armee trägt einen giftigen Wurm im Leib, und das ist militärisch viel schlimmer. Wir können heute sagen, ohne in unerlaubten Optimismus zu verfallen: wenn wir es weiter mit der bisherigen Kräftekonstellation zu tun haben, hat das antifaschistische Spanien die größeren Erfolgchancen im Krieg mit Franco.

Ein Jahr des revolutionären Krieges ist vergangen, ohne daß es gelungen ist, eine leistungsfähige, einigermaßen zureichende Kriegsindustrie im antifaschistischen Spanien aufzubauen. Aus einer Verknappung des Ernstes und der Dauer des Krieges u[nd] vor allem aus den inneren Gegensätzen heraus (Katalonien!) ist diese zentrale Frage vernachlässigt worden. Und sie ist es vielleicht, die die militärische Entscheidung bringt. Die russischen Lieferungen sind erschwert. Immerhin wird berichtet, daß in den letzten Monaten eine wesentliche Basis für die eigene Produktion von Munition, Artillerie, Tanks, Flugzeugen und sogar Torpedoboote geschaffen worden sei.

Einige revolutionäre Kritiker machen sich die Sache einfach, wenn sie sagen, militärische Niederlagen seien eben die Folge davon, daß keine Rote Armee geschaffen worden sei, daß die Armee nicht den richtigen revolutionären Geist gehabt habe. Man muß mit der Kritik bei sich selbst beginnen. Und da muß man offen und ehrlich sagen, daß gerade die Revolutionäre zu wenig militärisch waren. In den Fragen des Krieges mußten sie ihre große Probe bestehen. Dort mußten sie ihren Führungsanspruch unter Beweis stellen. Sie durften es nicht geschehen lassen, daß sie gewogen und zu leicht befunden wurden. Aus den Organisationsmilizen galt es, eine straff zentralisierte, revolutionär-antifaschistische Armee zu schaffen. Es galt die gesamte Industrie straff zu zentralisieren und den Erfordernissen der Kriegsführung unterzuordnen. Insofern sagen

auch wir: Erst den Krieg gewinnen. Aber wir fügen hinzu: und die revolutionären Errungenschaften retten. Man kann siegen, ohne die Revolution zu Ende zu führen. Aus dem militärischen Sieg würde die revolutionäre Bewegung neue gewaltige Energien schöpfen können. Aber man kann letzten Endes nicht siegen, wenn man die Revolution erdschelt. Erst die Revolution machen und dann Krieg führen aber heißt ganz einfach: erst geschlagen werden. Dann wären die Streitfragen „ganz einfach“ gelöst. Die Faschisten würden mit dem Abmurksen der gesamten linksradikalen Kerntruppen einen dicken Strich unter unsere Diskussionen machen.

Das revolutionäre Spanien

Dieses Spanien hat sein Gesicht verändert. Wir vergessen das über dem Tagesstreit zu leicht. Richtig, die roten und schwarzen Fahnen in den Straßen von Barcelona und Valencia, die auch der Anzahl nach stark zurückgegangen sind, sind seit dem Juli '36 mächtig ausgeblüht. Und dieses Ausblühen ist symbolisch für die Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens in bürgerlichen Erscheinungsformen, die gerade in den letzten Monaten große Fortschritte gemacht hat. Das kann uns aber nicht vom Kern der Sache abbringen.

Die Aufgaben der bürgerlichen Revolution sind in der antifaschistischen Hälfte Spaniens zum großen Teil im ersten Ansturm gelöst worden. Die Macht der Kirche als eines sozialen und ökonomischen Faktors ist gebrochen. Die Granden, die Großgrundbesitzer sind verschwunden, ebenso ein guter Teil des korrupten reaktionären Bürokratiensindels. Mit ihnen gingen so gut wie alle Großunternehmer und Bankherren. Wo sie sich nicht beeilten, hat man ein wenig nachgeholfen, und mit dem Ansturm der bürgerlichen wurden die ersten Schritte der sozialistischen Revolution unternommen.

Das antifaschistische Spanien ist das Spanien der kulturellen Revolution. Die breiten Massen drängen danach, lesen und schreiben zu lernen – und zu lehren. Die jungen Soldaten verschlingen gute Literatur und theoretische Bücher im Schützengraben. Im Hinterland entstehen prächtige kulturelle Zentren. Das spanische Mädel wird freier. Die antikulturelle Macht der Kirche ist gebrochen.

Das antifaschistische Spanien ist das Spanien der Agrarumformung. Bauern und Landarbeiter nahmen das Land der Großen. Unter dem Einfluß der Anarchisten wurde in den wichtigsten Gebieten zur Kollektivierung geschritten. Durch Zwangsmaßnahmen in der Anfangszeit ist viel Unheil angerichtet worden. Im Ganzen gesehen ist die Kollektivierungs-Linie unserer Meinung nach nicht richtig. Erstens darum, weil sie nicht so ohne weiteres der Struktur des Landes entspricht und weil weiter die Industrie fehlt, deren Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen Voraussetzung für die Kollektivierung ist. Zweitens, weil es sich in dieser Volksrevolution nicht darum handelt, den Klassenkampf auf dem Lande zwischen Landarbeitern und Landarmen einerseits und Mittelbauern andererseits zu entfachen, sondern weil es gilt die mittleren Eigentümer mit zu erfassen für den Kampf und Krieg gegen die Reak-

tion. Das Unheil, das sich aus Zwangskollektivierungen ergab, spielt heute jedoch nur eine geringe Rolle. – Mindestens ebenso stark ist aber die Wirkung von Maßnahmen, die die Kommunistische Partei unterstützt und die auf Rückgängigmachung *freiwilliger* Kollektivierung hinausläuft. – Auf dem Lande herrscht vielfach eine Wut gegen die „Komitees“, und es besteht die Gefahr, daß man die Bauern gegen sich bekommt, die an sich dazu prädestiniert sind, sich nach einem übereilten Frieden zu sehnen, da ihnen ja erst das Ende des Krieges die wirkliche Ausnutzung des Errungenen erlauben wird. Diese Friedenssehnsucht kann leicht zur Basis für faules Kapitulantentum werden. Die Gefahr besteht heute nicht mehr in radikalen Ausschweifungen, sondern im Fehlen einer einheitlichen Linie in der Agrarfrage. Das hindert auch, alle Kräfte der Landwirtschaft für die Versorgung in diesem harten Krieg auszunutzen. Damit sollen die tatsächlichen Leistungen nicht verkleinert werden. Wir wollen nur daran erinnern, daß in diesem Jahr in der befreiten Hälfte von Aragon mehr Kartoffeln geerntet werden als früher in ganz Spanien zusammen. Die einheitliche Perspektive kann nur sein: Nationalisierung des gesamten Bodens, Produktions- u[nd] Verkaufsgenossenschaften der Bauern.

Die Arbeiter schritten dazu, die Fabriken und Verkehrsmittel, die die Kapitalisten im Stich ließen, zu übernehmen. In Katalonien war das am deutlichsten ausgeprägt. Katalonien ging den Weg der betrieblichen Kollektivierung, generell für alle Betriebe mit mehr als 100 Arbeitern, mit Differenzierungen für die kleineren Betriebe. Wir achten die großen schöpferischen Kräfte, die das katalonische Proletariat in den übernommenen Betrieben entfaltet hat. Aber wir dürfen vor den zutagegetretenen Mängeln unsere Augen nicht verschließen. Die Anarchisten haben die Linie der Betriebskollektivierung durchgesetzt, weil sie glaubten, damit staatskapitalistische Verirrungen und neue Bürokratisierung zu umgehen. Erreicht worden ist aber in vielen Fällen etwas anderes, nämlich ein „Gewerkschaftskapitalismus“. Und vor allen Dingen wurde die absolut notwendige Zentralisierung der Wirtschaft verhindert, die die Voraussetzung für ihren erfolgreichen Einsatz im Kriege bildet. Heute ist die Lage so, daß 80 % der Betriebe in Katalonien unrentabel sind. Im übrigen Spanien gibt es auch heute noch größere kapitalistische Betriebe, die jedoch unter Arbeiterkontrolle stehen, während die Kriegsproduktionsbetriebe sich in Staatshänden unter Kontrolle der Arbeiter befinden. Die Lage erfordert straffe Zentralisierung der Wirtschaft, bei entwickelter Kontrolle. Daran hapert es gerade heute am meisten, weil die Kontrolle in vielen Fällen zu einer bürokratischen Einrichtung der Gewerkschaften geworden ist. Man hat vielfach bisher nicht verstanden, um was es eigentlich geht. Typisch dafür ist, daß die Leitung der CNT in einem großen und wichtigen Betrieb in Barcelona die Wandzeitung für die jugendlichen Stoßbrigaden abreißen ließ, weil sie nicht eine neue Ausbeutung zulassen wollte! Und als Gen. Andrade von der Leitung der POUM sich Ende Mai oder Anfang Juni in einem Artikel zur Betriebsarbeit äußerte, sprach er nur von der Parteipropaganda und nicht mit einem Wort von der Notwendigkeit

der Steigerung der Produktion, um den militärischen Sieg so bald wie möglich zu sichern.

Daß es Unsinn ist, Kleinbetriebe, wie etwa Schusterwerkstätten, zu kollektivisieren, hat man schnell eingesehen. Auf der anderen Seite muß man aber z. B. den verhängnisvollen Einfluß kennen, den heute die GEPCI, die Gewerkschaft der Gewerbetreibenden und kleinen Unternehmer innerhalb der UGT, in Katalonien ausübt. Notwendig waren und sind weitgehende Garantien für das Kleinbürgertum. Aber zugleich ist notwendig ein rigoroser Kampf gegen alles Spekulantentum, und es war insbesondere seit langem notwendig, im ganzen Land die Lebensmittelversorgung straff in staatliche Hände zu legen.

Auf der politischen Ebene entstand im antifaschistischen Spanien mit der Julirevolution eine Doppelherrschaft besonderen Charakters. Neben die Reste des alten Machtapparates traten neue Formationen. Neben die Reste des alten Heeres die antifaschistischen Milizen, neben den treugebliebenen Teil der Polizei Milizen des Hinterlandes und Kontrollpatrouillen. Es entstanden die Volksgerichte. In allen diesen Institutionen war der proletarische Einfluß vorherrschend. Aus den antifaschistischen Organisationen, einschließlich der linksbürgerlichen, und ernannt von ihren lokalen bzw. zentralen Spitzen, entstanden die „Komitees“. Weil die Komitees so entstanden sind, ist es Unsinn, sie mit „Räten“ zu verwechseln. Das entwickeltste

„Komitee“ war das „Zentralkomitee der antifaschistischen Milizen“ in Barcelona, das zeitweilig die wirkliche Regierung in Katalonien darstellte, während die alte Regierung der Generalidad mit dem Präsidenten Companys ein kümmerliches Schattendasein fristete.

Dieses Nebeneinander war auf die Dauer unmöglich. Es mußte eine Lösung in der einen oder anderen Richtung erreicht werden. Die Aufgaben, die der Krieg stellte, erforderten das gebieterisch. Es gab zwei mögliche Entwicklungslinien: entweder die Entwicklung neuer Organe von unten bis oben aus der entfalteten Massenkampfkraft, d. h. Organe der antifaschistischen Demokratie. In ihnen konnte und mußte die proletarische Hegemonie gesichert und ausgebaut werden. Oder aber – und dieser Weg wurde beschritten – die Wiederauffüllung des alten Machtrahmens mit neuer Autorität durch Aufnahme der Vertreter der Arbeiterorganisationen. Dies und nichts anderes bedeuten die Neubildung der Regierung Caballero am 4. September, verstärkt durch den Regierungseintritt der Anarchisten im November und die Bildung der katalanischen Regierung unter Taradellas bei Teilnahme sowohl der Anarchisten

Nach dem Sieg über Mussolinis Divisionen bei Guadalajara: Republikanische Soldaten mit erbeutetem italienischem Panzerwagen



wie der POUM am 30. September. Natürlich waren diese Regierungen nicht dasselbe wie die Regierungen vor dem Juli, aber sie leiteten den Kurs ein, der fortschreitend das Schwergewicht in der antifaschistischen Front von der Arbeiterklasse weg verlagerte, der das Entstehen neuer Organe verhinderte, der Organe, die bereits ohne Kraft und Leben gewesen sind, wieder aufpulverte, so z. B. das Rumpfparlament vom Februar.

Das Versagen der Führungen

Notwendig war eine wirkliche Regierung des Sieges. Eine Regierung unter der Führung der Arbeiterklasse, nicht der alten Arbeiterführer. Eine antifaschistische Regierung aus den Vertretern der Arbeiter, Bauern und Kleinbürger, gestützt auf die Organe der antifaschistischen Demokratie. Eine Regierung mit der einen Aufgabe: den Krieg zu gewinnen, dafür die Voraussetzungen zu schaffen durch den Aufbau einer zentralen Armee, durch Zentralisierung der Wirtschaft. Dadurch mußte die Weiterentwicklung in sozialistischer Richtung gesichert werden.

Diese Politik aber ist gescheitert an den führenden Arbeiterorganisationen. Ihr Versagen in Lebensfragen der Revolution und des Krieges soll im folgenden beleuchtet werden.

Die Kommunistische Partei

Die KP, die heute zur zentralen politischen Kraft im antifaschistischen Spanien geworden ist, hat eine Periode raschen Wachstums hinter sich. Bei den Februarwahlen '36 erlangte sie dank der Volksfront 14 Mandate, während sie zuvor nur eins gehabt hatte. Heute zählt sie 250 000 Mitglieder, während ihre Mitgliedschaft vor einigen Jahren noch in einem einzigen mittelgroßen Saal Platz gehabt hätte. Es ist wahr, dieser Zuwachs besteht zu einem großen Teil aus Kleinbürgern, die in der KP die konsequenteste Vertreterin ihrer Interessen sehen. Aber das ist nur eine Erscheinung. Wichtiger ist immerhin, daß es der KP gelungen ist, auf die proletarische und aktivistische Jugend wohl die stärkste Anziehungskraft auszuüben. Die linke sozialistische Jugend hat vordem den Hauptstamm des linken Flügels der SP gebildet. Die Vereinigte Sozialistische Jugend, in die die Kommunisten mit ein paar tausend Mann hineingingen, steht heute mit ihren 300 000 Mitgliedern (und mag die Ziffer auch zu hoch angegeben sein) unter der vorwiegenden Führung der KP. Hinzu kommt, daß in Katalonien als Komintern-Sektion die PSUC besteht, deren 50 000 Mitgl[ieder] der KP noch hinzugerechnet werden müssen. Wie ist dieses ganz außerordentliche Wachstum zu erklären? Zunächst einmal haben wir es mit dem Ausfluß der Einheits- und Volksfrontparolen zu tun, als deren Verfechter die KP-Leute nach dem VII. Kongreß der Komintern in Spanien das Ohr der Massen eroberten. Sie waren die Vertreter einer Politik der Vereinigung der Kräfte, die zum Februarwahlsieg führte. Dann können wir nicht ernst genug die Stärkung einschätzen, die die KP erfahren hat als die spanische Vertreterin der USSR, dem Lande der Waffenhilfe. Aber wir mußten blind sein, wollten wir nicht wei-

ter sehen, daß die KP in den Augen breiter Massen die konsequenteste Verfechterin der militärischen Notwendigkeiten geworden ist. Die KP trommelte tagaus und tagein: Einheitskommando, einheitliches Heer, Stoßbrigaden an der Front und im Hinterland, vormilitärische Ausbildung der Jugend usw. usw. Und das ist nicht nur Schein. Ohne die Verdienste zu sehen, die sich die Kommunisten um die militärischen Fragen erworben haben, ohne die Wirksamkeit der progressiven und regressiven Elemente in der Politik der KP zu erkennen, wird man zu völlig falschen Folgerungen kommen.

Die Komintern und ihre spanischen Sektionen, die KP und die PSUC, wie auch die Vereinigte Jugend geben vor, eine radikale Demokratie mit stark sozialem Inhalt zu erstreben. In den früheren Monaten hieß es bei ihnen einfach: erst den Krieg gewinnen, über das weitere unterhalten wir uns hinterher. Und das hatte etwas Bestechendes. Es kam aber auch vor, daß dieselbe KP in ihrem Zentralorgan für die demokratische Republik und in Frontzeitungen für den Sozialismus kämpfte. In der letzten Zeit hat José Diaz den Versuch unternommen, eine Parole zu lancieren, die stärker den Doppelcharakter des Kampfes zum Ausdruck bringt, indem er sagte: den Krieg gewinnen und die Volksrevolution retten. Um was handelt es sich wirklich? Es handelt sich darum, daß die Führung der USSR, der die Komintern untergeordnet ist, in Spanien die Niederlage Deutschlands und Italiens wünscht. Die Führung der USSR hält die Weltkriegsgefahr für äußerst akut. Auf die internationale Arbeiterklasse setzt sie schon lange nicht mehr. Sie versucht, die Niederlage Hitlers und Mussolinis und die Verhinderung des Sieges von Franco durch Paktieren, vor allem mit Frankreich und England, zu erreichen. Deshalb ist die Komintern bestrebt, die spanische Revolution in den bürgerlich-demokratischen Rahmen hineinzuzwängen.

Die Russen wollen wirklich Franco schlagen. Und ohne die russische Waffenhilfe wäre es dort unten schon längst aus gewesen. Das muß man ganz klar aussprechen. Aber an diesem Punkt zeigt sich wieder mit ganzer Schärfe das Ineinandergreifen des Fortschrittlichen und Rückschrittlichen. Mit dem aktiven Eingreifen der Russen im vorigen Oktober ist zweifellos ein Bruch in ihrer seit vielen Jahren verfolgten Außenpolitik erfolgt. Sie haben damit begonnen, wieder eine aktive, selbständige außenpolitische Linie zu verfolgen. Und an jenem Punkt deckten sich ihre Interessen mit denen der spanischen und internationalen Arbeiterklasse. Der Einsatz der Russen für die Vernichtung Francos war eine außerordentlich fortschrittliche Angelegenheit. Aber die Russen entwickeln eben ihre neue außenpolitische Aktivität im Rahmen ihrer veränderten Konzeption. Sie lieferten und liefern nicht ohne Bedingungen. Nun, niemand außer ganz Verrückten, hat von ihnen verlangt, daß sie Waffen mit der Erklärung liefern sollten, sie seien für den Sieg der proletarischen Revolution bestimmt. Sie brauchten und sollten lediglich die legale spanische Regierung unterstützen. Sie gingen aber weiter. Sie knüpften an ihre Lieferungen politische Bedingungen. Bedingungen, die sich aus ihrer Konzeption ergaben, daß aus internatio-

nalen Gründen in Spanien nicht über die demokratische Republik hinausgegangen werden kann und darf.

Aber die Dinge haben ihre Konsequenzen. Das Hineinzwängen in den demokratischen Rahmen führt dazu, daß auch solche revolutionären Errungenschaften abgebaut werden, die bereits in der Julirevolution gemacht wurden. Das führt zu Zusammenstößen mit den weitertreibenden Teilen der Arbeiterklasse. Und die Folge dieser Entwicklung ist keine andere, als daß sich das Schwergewicht im antifaschistischen Lager zum Kleinbürgertum und zu den antifaschistischen Teilen des Bürgertums hin verlagert und daß der Einfluß der englischen und französischen Bourgeoisie auf die Leitung des antifaschistischen Spaniens wächst. Die Revolution läßt sich nicht auf Eis legen. Auch das wissen die Russen. Und welche Folgerung leiten sie daraus ab? Alle Tatsachen deuten darauf hin, daß sie die Parole der demokratischen Republik neuen Typs ausgeben – und ein Spanien mit ihrem Führungsmonopol meinen. Wir kommen gleich darauf zu sprechen, wie sich eine solche Linie auf Front und Hinterland auswirken muß. Daß sie in der großen internationalen Politik den angestrebten Erfolg nicht gebracht hat, liegt klar auf der Hand. Trotz der Normalisierung auf bürgerlicher Ebene haben die Regierungen Englands und Frankreichs auf ihre sogenannte Nichtinterventions-Politik nicht verzichtet. Sie haben im Gegenteil ihre Kompromißpläne auf Kosten der spanischen Arbeiterklasse freier und frecher zu vertreten begonnen.

Um die von ihnen erstrebte Monopolisierung der Führung zu erlangen, scheuen die Kommunisten kein Mittel. Doch in einer Situation, wo alles auf die Sammlung der Kräfte gegen Franco ankommt, müssen die Methoden [der] KP, die Methoden der Verleumdung ihrer proletarischen Widersacher, der Hetze und des blinden Terrors gegen sie, der Absorbierung und Vernichtung aller anderen – als Gleichschaltung nach dem Muster der PSUC und der Vereinigten Jugend –, die Kampfmoral untergraben und lebensgefährlich für den antifaschistischen Krieg werden. Diese Methoden drohen die ganze internationale Arbeiterbewegung erneut zu vergiften und zurückzuwerfen, sie drohen die Ansätze der Einheitsentwicklung in einen Scherbenhaufen zu verwandeln. In Spanien haben sie bereits dazu geführt, die positive Entwicklung der anarchistischen Massenbewegung zu bremsen und teilweise eine gefährliche Rückentwicklung auszulösen.

Die KP ist heute die ausschlaggebende politische Kraft im antifaschistischen Spanien. Wenn sie auch nicht die Führung der Regierung in Händen hat, so beherrscht sie doch heute den größten Teil des Staatsapparates. Die Offiziere sind zum größten Teil bei ihr organisiert, die Polizei ist überwiegend in ihren Händen. Spanien ist in einer Entwicklung zur kommunistischen Parteidiktatur. So sind wir denn, wenn nicht auf dem Wege zu einem kommunistischen, so doch zu einem KP-Spanien . . .

Die Sozialisten

Die Sozialistische Partei befand sich in einer schweren inneren Krise, als sie in die Julibewegung eintrat. Drei

Gruppen standen einander in scharfem Kampf gegenüber. Mit der Julibewegung hörte die Partei zunächst auf, als einheitliches Ganzes weiter zu existieren. Erst in den letzten Monaten hat sich das wieder geändert. In Verbindung mit den neuen Kämpfen zwischen Caballero und Prieto, in Abwehr gegen die KP-Monopolansprüche und auch als Voraussetzung der von einem Teil erstrebten Einheitspartei-Entwicklung hat sich eine Reorganisation der sozialistischen Parteiorganisation durchgesetzt. Heute rechnet man damit, daß die SP zwischen 150 000 und 200 000 Mitglieder erfaßt.

Innerhalb der SP hat ein völliger Frontenwechsel stattgefunden. Lange Zeit hindurch war Caballero nicht nur der Verbündete der KP, mehr, er wurde von der KP in Spanien und in der ganzen Welt als das Vorbild eines revolutionären Sozialisten, ja als der „spanische Lenin“ hingestellt. Das steht in einigem Gegensatz zu der heutigen Haltung der KP, die Caballero wie einen toten Hund zu behandeln versucht: Es ist schwer, die wirklichen Gründe für den Bruch zwischen ihm und der KP aufzuspüren. Sicher aber ist, daß er gegen die KP-Diktatur aufgemuckt hat, daß er die Absorbierung seiner Freunde vom linken Flügel und besonders von der Jugend sah und wohl auch daß ihm, als Gewerkschaftler, die demokratischen Anwendungen der KP zu weit gingen. Viel schwerer ist es, Klarheit darüber zu bekommen, wie weit die Vorwürfe der KP berechtigt sind, daß Caballero sich den militärischen Notwendigkeiten nicht gewachsen gezeigt habe. Um die Forderung der KP, nach der Maiwoche gegen Barcelona vorzugehen, kam es zum offenen Krach und gleich danach zum Fall Caballeros.

Der neue Verbündete der KP ist die Prieto-Gruppe, die den Apparat der SP beherrscht. Prieto ist im Grunde immer Rechtssozialdemokrat geblieben. Aber darum steht er der KP in der jetzigen Situation am nächsten. Der Prietoflügel arbeitet auch gemeinsam mit der KP an der Schaffung der Einheitspartei, während er gleichzeitig bemüht ist, Regierungspositionen dazu auszunutzen, den eigenen Einfluß auf Kosten der KP zu erweitern. Die Entwicklung zur Einheitspartei wird von seiten der einheitlichen Jugendorganisation her stark gefördert. Sie geht auch darum jetzt rascher, weil sowohl KP wie Prieto daran interessiert sind, die neue Sammlung des Caballeroflügels nicht zu weit gedeihen zu lassen. Ganz klar ist jedoch, daß eine solche Einheitspartei unter der Herrschaft der KP stehen würde und daß sie den Kombinationen der Sozialisten nicht entsprechen wird. Wie weit sie dennoch ein Fortschritt gegenüber der heutigen Situation wäre, ist im jetzigen Stadium schwer zu beantworten.

Schon bevor es zur Caballerokrise gekommen war, hat sich innerhalb der Vereinigten Jugend eine linke Opposition zu formieren begonnen. Nachdem Caballero gefallen war und sich über ihm die Dreckkübel der KP-Presse öffneten, haben sich wichtige Sektionen der SP vorbehaltlos mit ihm solidarisiert. Caballeros wichtigster Stützpunkt ist aber auch heute noch die UGT, die sozialistische Gewerkschaftszentrale, die zwischen 1,5 und 2 Millionen Mitglieder zählen dürfte. Caballero behauptet, in der Mitgliedschaft weiterhin die Mehrheit hinter sich zu haben. In der



Exekutive hat er sie jedenfalls, während er sich im Nationalkomitee in der Minderheit befindet. Der Einfluß der KP in den Gewerkschaften ist weitgehend überschätzt worden. Bei einer UGT-Wahl in Asturien vor einigen Monaten erhielt der kommunistische Einheitskandidat nur 12 000 Stimmen, gegen 87 000 für den Sozialisten. Selbst in Madrid, der Hochburg der KP, unterlag sie in wichtigen gewerkschaftlichen Abstimmungen gegenüber den Sozialisten. Das bedeutet, daß man bei allem Wachstum nicht übersehen soll, daß der Kern der früher sozialistisch organisierten Arbeiterschaft auch heute noch zur SP steht, während andere Kreise durch die Praxis der KP wieder von ihr abgestoßen wurden.

Noch eins: Wir erleben heute den Beginn eines Wettlaufs zwischen Gewerkschaftseinheit und Parteieinheit. Die Caballerokrise war zu einem Teil auch geboren aus dem Zusammenwirken zwischen Caballero und den Vertretern der CNT. Caballero griff die Forderung der Gewerkschaftseinheit der CNT auf. Es ist klar, daß eine Gewerkschaftseinheit, die von den heutigen Führungen der CNT und der UGT bewerkstelligt würde, den Monopolisierungsbestrebungen der KP einen Damm entgegenstellen könnte. Darum haben die Kommunisten und ihre Freunde bei den Sozialisten, vor allem im Nationalkomitee der SP, die Parole der Einheitspartei in den Vordergrund gerückt. Und sie gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß eine solche Einheitspartei den Caballero-Flügel in der UGT in die Minorität bringen könnte und damit auch das Problem der gewerkschaftlichen Einigung mit der CNT neu stehen würde.

Die Anarchosyndikalisten

Die anarchosyndikalistische CNT gibt eine Mitgliederzahl von 2 Millionen an, davon eine Million in Katalonien. Ihre Stärke dürfte etwa der der UGT entsprechen. In der anarchistischen FAI gibt es nur einige zehntausend Mitglieder. Daneben stehen dann noch die Juventudes Libertarias, die Jugendorganisation der CNT/FAI, mit über 200 000 Mitgliedern. Im Ausland sieht man vielfach einen Gegensatz zwischen der syndikalistischen CNT und der anarchistischen FAI. Dieser Gegensatz existiert heute in Wirklichkeit nicht. Früher war er vorhanden und führte auch zur Abspaltung derjenigen Syndikalisten, die sich der „bolschewistischen“ FAI nicht fügen wollten. Heute spielt die in kleinen, abgeschlossenen Einheiten organisierte FAI die Rolle einer Kaderorganisation innerhalb der CNT, in der fast alle Funktionäre der CNT erfaßt sind.

Der spanische Anarchosyndikalismus repräsentiert weitgehend die revolutionären Traditionen des spanischen Proletariats. In ihm sind große moralische Qualitäten aufgespeichert, großer Mut und starke Einsatzbereitschaft seiner Militanten. Aus dem dezentralistischen Postulat kommt dazu eine antibürokratische Haltung, die als Gegengewicht gegen die bürokratische Entartung, die die Arbeiterbewegung sonst angefressen hat, durchaus gesund sein kann. Die Genossen in den meisten Ländern kennen nur ein Zerrbild der anarchosyndikalistischen Bewegung, nämlich das der schrulligen anarchistischen Sekten am

Rande der eigentlichen Arbeiterbewegung. Ganz anders in Spanien. Die spanische Bewegung hat sich denn auch im Juli von ihrer großen Seite gezeigt. Sie hat den wesentlichen Anteil an der Niederschlagung des militärfaschistischen Aufstandes. Sie zeigte sich im Anschluß daran fähig, sich in den wichtigen Fragen der Staatsmacht, des Militärs usw. den Realitäten anzupassen. Sie hat in den seitdem vergangenen Monaten große schöpferische Kräfte freigesetzt. Aber sie hat doch nicht den Sprung vom Gestern ins Heute zustandegebracht. Ihre Ideologie war Leitlinie für das praktische Handeln nur insofern, als es destruktive Aufgaben zu bewältigen galt. Als man darüber hinaus mußte, zeigte sich, daß die CNT/FAI schwankte zwischen einem mehr opportunistisch bestimmten Anpassen an die Gegebenheiten und dem Hängenbleiben in alten Dogmen und Vorurteilen. Sie brachte es nicht zustande, die Erfordernisse der akuten Situation nun auch grundsätzlich zu verarbeiten, das heißt, sich an den Marxismus heranzuarbeiten. Sie blieb in den entscheidenden Fragen ohne konkrete Konzeption und hat darum keine führende Rolle im weiteren Verlauf der spanischen Auseinandersetzung spielen können.

Die rückläufige Entwicklung der Revolution und die Bedrohung der Positionen der Arbeiterklasse und besonders der eigenen Positionen der CNT haben zu einer wenig erfreulichen Differenzierung im Lager des Anarchosyndikalismus geführt. Auf dem rechten Flügel gibt es eine Gruppe, die sich faktisch zu reformistischen Positionen hinentwickelt hat. In der früheren Regierung war Garcia Oliver Ausdruck für diese Tendenz. Die Gruppe um das Nationalkomitee der CNT mit Vasquez, Federica Montseny, Santillan und anderen geht heute von der Auffassung aus, daß die Revolution für diesmal gescheitert sei. Jetzt bestehe die ganze historische Aufgabe darin, den Krieg zu gewinnen, aus dem im Falle des Sieges über Franco eine fortgeschrittene bürgerliche Demokratie hervorgehen würde. Dann gelte es weiterzukämpfen. Diese Auffassung mündet aus einmal in einer kritischen Tolerierung der Regierungen, zum anderen in einer Unterordnung aller anderen Aktivitäten unter das Ziel der Einigung mit der UGT. Trotz aller schwachen Punkte müssen wir wohl sehen, daß diese Gruppe um das Nationalkomitee heute doch die fortschrittlichste Gruppe der spanischen CNT/FAI ist. Aber wir müssen gleichzeitig mit Erschrecken feststellen, wie große Teile der anarchosyndikalistischen Massenbewegung aus bitterer Enttäuschung zu schon halbwegs überwundenen Positionen zurückkehren, zu ihrer apolitischen und dezentralistischen Haltung; daß sich Stimmungen herausbilden wie diese: „Laßt die anderen mal den Krieg machen, wir machen hinterher die Revolution.“ Die Enttäuschung ist groß. Um so größer, weil man den Anarchisten, die sich viele als wilde Männer mit Messern zwischen den Zähnen vorstellen, im großen und ganzen nachsagen muß, daß sie in den inneren Auseinandersetzungen eine wahre Lammesgeduld gezeigt haben, daß sie in vielem eine geradezu rührende Naivität an den Tag legten. Die entwicklungsfähigsten Elemente der CNT/FAI stehen wohl in deren Jugendorganisation. Aber gerade dort konnten wir in den letzten Monaten den Rückfall in alte anarchistische

Dogmenvorstellungen beobachten. Die Gruppe der „Freunde Durrutis“, die in Barcelona von der CNT/FAI abgesondert wurde, ist einigermaßen buntscheckig zusammengesetzt und repräsentiert unserer Meinung nach weder den Ansatz von etwas Neuem noch den ersten Ausdruck breiterer Strömungen in der CNT. Die angedeutete Entwicklung hat weiter dazu geführt, daß sich unter den anarchosyndikalistischen Massen Verzweiflungsstimmungen breitgemacht haben, Stimmungen, die hier und da schon zu Verzweigungshandlungen geführt haben und die in der weiteren Entwicklung die Gefahr einer terroristisch-putschistischen Strömung heraufbeschwören.

Die Politik der POUM

Wir haben uns schließlich mit der Politik der POUM, der Arbeiterpartei für Marxistische Einheit, auseinandergesetzt. Die POUM vertritt in Katalonien einige zehntausend der besten Vertreter des marxistischen Flügels der Arbeiterbewegung. Im übrigen Land hatte sie nur schwache Stützpunkte. Die POUM hat eine richtige Grundthese darin zum Ausdruck gebracht, daß sie die Untrennbarkeit von Krieg und Revolution vertrat und daß sie die Notwendigkeit der Hegemonie der Arbeiterklasse in der Revolution hervorhob. Bevor wir nun die tatsächliche Politik der Partei behandeln, müssen wir uns zunächst darüber im klaren sein, daß eine so junge Partei, die noch kaum zur Partei verwachsen war, die stärker den Charakter einer Propagandaorganisation als einer handelnden Parteieinheit hatte, deren führende Kader im Juli starke Lücken erhielten und deren Führer gleich zu Beginn von den Faschisten ermordet wurde, von vornherein keinen leichten Stand hatte. Einen leichten Stand auch darum nicht, weil sich in Spanien der gewaltige Kräfteinsatz der Komintern mit der Autorität und der direkten Hilfe der USSR zugunsten der KP und der PSUC und gegen die POUM als unabhängige revolutionäre Partei entfaltete.

Wenn wir eine sachliche Wertung der von der POUM geführten Politik vornehmen, dann müssen wir offen sagen, daß sich kein günstiges Bild ergibt. Wir müssen sehen, daß trotz einiger ganz richtiger Grunderkenntnisse verhängnisvolle Fehler gemacht wurden, daß die Partei vor allem in den letzten Monaten in fast jeder praktischen Frage eine falsche Position einnahm. Die Partei hat es nicht verstanden, die grundlegenden marxistischen Erkenntnisse entsprechend der spanischen Wirklichkeit zu konkretisieren und sie in praktische Politik umzumünzen. Die Fehler der POUM sind zumeist ultralinker, sektiererischer Art. Sie stellen in vielem einen Rückfall zu dem dar, was wir an der Komintern in der berühmten „dritten Periode“ auszusetzen hatten. Aber es gibt zugleich bei der POUM ein opportunistisches Element, was noch zu beweisen sein wird. Es ist gewagt, so offen in einer Zeit zu sprechen, wo die Partei, um die es sich handelt, schweren Verfolgungen ausgesetzt ist. Aber wir können keine Politik betreiben, die sich von Sentimentalitäten leiten läßt. Es ist unsere Pflicht, offen und klar das zu sagen, was war und was ist.

Die POUM hat zunächst einmal keinerlei korrekte Erklärung über den Charakter des Krieges gegeben. Die große

Wandlung, die sich durch die massive Intervention der faschistischen Großmächte ergeben hat, wurde von ihr kaum berücksichtigt. Sie schätzte die in Spanien wirksamen Kräfte illusionär ein, weil sie nur Katalonien sah, und sie hatte keine konkrete Vorstellung von den in der Welt wirkenden Kräften, weil sie sich einerseits von schematischen Vergleichen mit der Entwicklung der russischen Revolution leiten ließ und andererseits einen Wunderglauben in das internationale Proletariat setzte, das zur Weltrevolution schreiten müsse. In Spanien selbst hat sie aus dem Auge verloren, daß es auch noch eine andere, größere Hälfte des Landes gibt, die von Franco beherrscht wird. Es ist ihr nicht gelungen, sich genügend Rechenschaft über Ernst, Tiefe und Dauer der spanischen Auseinandersetzung abzulegen. Und aus diesen Gründen hat die POUM nicht die richtige Vorstellung von den militärischen Notwendigkeiten gehabt. Als revolutionäre Partei mußte sie sich zur entschlossensten Kriegspartei machen. Sie durfte diese Funktion nicht auf andere übergehen lassen. Sie durfte sich nicht auf abstrakte Formeln von einer Roten Armee und auf kritische Bemerkungen zu den Handlungen der anderen beschränken. Das genügte nicht, das war falsch, und das konnte auch nicht durch den selbstlosen Einsatz der POUM-Formationen an der Front wettgemacht werden.

Einen weiteren Kardinalfehler beging die Partei in der Einheits- und Volksfrontfrage. Ihre Beteiligung am Volksfront-Wahlpakt im Februar trug einen reinen Zwangscharakter. Sie sah, daß sie nur so das erwünschte Mandat erzielen konnte und schloß sich darum an. Sie verzichtete aber darauf, sich in die Volksfront einzuschalten, sich mit den durch die Volksfront mobilisierten Massen zu verbinden, um dann weiter vorstoßen zu können. Nicht „Gegen die Volksfront“ durfte die Parole sein, sondern: „Über die Volksfront hinaus.“ Die POUM hat dann noch einmal Volksfrontpolitik gemacht, als sie sich Ende September an der katalanischen Generalidad beteiligte. Aber sie ließ den Inhalt dieses Schrittes unklar. Sie sprach davon, daß es sich um eine sozialistische Arbeiterregierung handle, während wir es tatsächlich mit einer Volksfrontregierung zu tun hatten. Durch diese Haltung wurde erstens die Machtfrage verwischt, zweitens wurde so eine richtige Einstellung zum Problem der Volksfront auch zu diesem Zeitpunkt unmöglich gemacht. Später hat die POUM ihre Beteiligung an der Regierung rein opportunistisch mit dem Argument gerechtfertigt, sie hätte sich andernfalls von den Massen isoliert. Die POUM lehnte auch die Taktik der proletarischen Einheitsfront ab. Sie forderte eine „revolutionäre Arbeiterfront“ zusammen mit der CNT und der FAI. Man hörte das Argument, daß man doch mit Noskes keine Einheitsfront machen könne, und Gen. Nin schrieb in seinen Thesen, daß die KP gefährlicher sei als die Bourgeoisie. Das war mehr als ein Rückfall in die KP-Theorien vom Sozialfaschismus. Erstens ist das mit den „Noskes“ nicht so ganz einfach. Hier ist immerhin der kleine Unterschied zu verzeichnen, daß die gesamte Arbeiterbewegung, einschließlich derjenigen Sektoren, die nicht über die bürgerliche Demokratie hinauszugehen bereit sind, gemeinsam in bluti-

gem Kampf gegen die faschistische Konterrevolution stehen. Zweitens enthielt die aufgezeigte Orientierung in der Bündnisfrage eine Begünstigung des Festhaltens der CNT/FAI an ihren anarchistischen Vorurteilen. Drittens hätte man unumwunden erkennen und aussprechen müssen, daß kein Sieg über Franco und erst recht kein Sieg der Revolution möglich ist ohne das gemeinsame Handeln der Massen der Arbeiter, die vor allem hinter der SP, der KP, der Vereinigten Jugend standen und stehen. Das Beispiel der mißlungenen Jugend-Einheitsfront zum 1. Mai in Barcelona ist äußerst lehrreich. Die Anarchisten hatten die Initiative, die PSUC-Leute machten zunächst Schwierigkeiten. Dann erklärte die POUM-Jugend in ihrem Organ: zwischen der Front der revolutionären Jugend und der Front der konterrevolutionären Jugend – die durch die Vereinigte Jugend vertreten werde – könne und dürfe es kein gemeinsames Handeln geben.

Das sind eigentlich schon die entscheidenden Fragen: die des Krieges und die der Einheit. Es gibt auch noch andere, kaum minder ernste. So hat es die Partei nicht verstanden, das Problem der neuen Organe nur irgendwie konkret zu lösen. Sie begnügte sich mit abstrakten Formeln. Sie verwechselte die „Komitees“ mit Räten, die katalanische Volksfrontregierung mit einer sozialistischen Arbeiterregierung. Sie hatte von daher ein falsches Verhältnis zu den Verbündeten, ohne die der Sieg unmöglich ist, zum Kleinbürgertum und zur Bauernschaft. Die POUM hat in Überschätzung der eigenen Kraft geglaubt, sie könne in Frontstellung gegen alle anderen durchkommen und den Sieg an ihre Fahnen heften. Das brachte sie in eine sektiererische und nicht in eine führende Position. Sie erkannte nicht die Notwendigkeit eines richtigen Verhältnisses zu den anderen Faktoren, die im Spiel waren. Die POUM-Jugend brachte es fertig, noch in den letzten Wochen in den Straßen von Barcelona das Plakat anzuschlagen: Kampf bis zum Tod gegen den Faschismus und die bürgerliche Demokratie!

Gewiß, die Partei hat es nicht leicht gehabt. Sie wurde von der Verleumdung, der Hetze der KP u[nd] der Komintern getroffen. Aber sie mußte diesen Angriffen gewachsen sein. Sie ließ sich jedoch dadurch noch stärker in die ultralinke Sackgasse hineintreiben. Das Sich-Überschlagen in ultralinkem Subjektivismus ist besonders kennzeichnend für die Zeit seit der Jahreswende.

Wir müssen das sagen und einiges mehr noch. Aber niemand soll kommen und behaupten, daß das die Verfolgungen rechtfertige, die sich heute gegen die POUM richten. Nein, dabei handelt es sich recht und schlecht um die wahnwitzige Zielsetzung der Komintern, alle Kräfte zu vernichten, die sich ihr nicht gleichschalten wollen. Darum handelt es sich, und deshalb muß die ganze internationale Arbeiterbewegung diesen Schlag der Komintern entsprechend parieren. Es geht darum, ob es zugelassen werden soll, daß die Träger einer anderen Auffassung, daß revolutionäre Arbeiter mit den Mitteln der Fälschung, der gemeinsten Verleumdung, der Lüge, des Terrors ausgerottet werden sollen. Dem muß man in den Arm fallen!

Beweist das Schicksal der POUM etwas gegen die Wir-

kungsmöglichkeiten der unabhängigen revolutionären Organisationen? Das wäre nur dann der Fall, wenn wir uns sagen müßten, daß das Versagen der POUM auf ihre Selbständigkeit und nicht auf ihre Politik zurückzuführen ist. Da aber das letztere der Fall ist, spricht die spanische Erfahrung nicht gegen die Chancen unabhängiger revolutionärer Parteien. Wohl aber hat die spanische Entwicklung gezeigt, daß eine unabhängige revolutionäre Politik zu einer Lebensfrage der Arbeiterbewegung geworden ist. Wir aber müssen aus den Fehlern der POUM lernen, damit alte Fehler nicht wiederholt werden.

Krise des revolutionären Krieges

Die Entwicklung während der letzten Monate hat ungeheure Gefahren angehäuft, die Revolution und Krieg in eine ernste Krise gebracht haben. Wir erlebten zunächst die blutige Maiwoche in Barcelona, die der Ausdruck der ganzen Verkramptheit der Beziehungen im proletarischen und antifaschistischen Lager war. Die Kommunisten, d. h. die PSUC, streckten die Hand nach der Hegemonie aus. Die anarchistischen Revolutionäre rebellierten gegen die Normalisierung, die vielfach mit der Sabotage der katalonischen Kriegsführung Hand in Hand ging. Terror-Methoden wurden alltäglich praktiziert. Die Provokationen des separatistischen „Estat Catala“ und der PSUC-Führer brachten die Spannungen zum Ausbruch. Die Maiwoche signalisierte die Gefahr der Auswirkung der Konflikte im Hinterland auf die Front und die der Intervention der demokratischen Mächte.

Es folgte die Caballero-Krise. Die KP rückte vor, setzte der neuen Regierung ihr Gepräge auf. Der bürgerliche Einfluß war mit der KP gestärkt worden. Die KP begann, mit ihrer Politik ihre eigene Front zu erschüttern, den Ast anzusagen, auf dem sie selbst sitzt! Die Gewerkschaften, die Arbeitermassenorganisationen, blieben an der Regierung Negrin unbeteiligt. Die Gegensätze spitzten sich zu. Dort wurden die Anarchisten abgestoßen, aller Verständigungsbereitschaft zum Trotz. Hier sammelte sich um Caballero die linke sozialistische Opposition. Und Caballero gelangte, getragen von ihr, wieder an die Spitze der UGT. Die erstrebte Zentralisierung der Kräfte im Interesse der Kriegsführung war damit nicht erreicht. Auch innerhalb der neuen Regierung setzten sich Cliquenkämpfe und Spekulationen auf Kosten des antifaschistischen Krieges fort.

Mitte Juni begann der direkte Schlag gegen die POUM. Gleichzeitig begannen Verhaftungen von anarchistischen und dann auch von sozialistischen Funktionären. Mehrere hundert POUM-Genossen wurden verhaftet, die Häuser beschlagnahmt, die Presse unterdrückt, der Kommandeur der POUM-Truppen, Rovira, von der Front weg verhaftet. Das alles zum großen Teil über den Kopf der Regierung hinweg, durchgeführt von der kommunistischen Partei. Mit gefälschten Dokumenten, mit erfundenen Anklagen wurde der Versuch gemacht, diesen Teil der Arbeiterbewegung auszuschalten. Es ist zu hoffen, daß als Folge der internationalen Proteste und auch der offenen Kritik, die an vielen Stellen Spaniens dagegen laut geworden ist, es unmöglich sein wird, die verbrecherischen Pläne zu realisieren.

Aber schon jetzt ist eine ernste Schädigung und Demoralisierung von Front und Hinterland erreicht.

In den gleichen Tagen fiel Bilbao. Wahrscheinlich war es nicht zu halten. Aber es scheiterten auch die geplante Aragonoffensive und die versuchten Vorstöße bei Madrid. Die Franco-Leute sind militärisch gestärkt. Eine militärische Krise kommt zu der politischen hinzu. Jedoch ist noch nichts verloren. Bis aufs Messer muß man gegen allen Defaitismus kämpfen. Wenn wir es weiterhin mit den jetzt zu übersehenden Kräften zu tun haben, dann braucht uns um den militärischen Sieg auch heute nicht bange zu sein. Aber die Auseinandersetzung kann nicht isoliert militärisch betrachtet werden. Die Konflikte im Hinterland sind Gift für die Front. Und dahinter stehen die inzwischen noch gewachsenen außenpolitischen Gefahren.

Es hat eine offene Krise in Barcelona gegeben, die mit dem Ausscheiden der CNT aus der Regierung abgeschlossen wurde. Und dennoch bleibt die CNT weiterhin die zentrale Kraft in Katalonien. In Valencia gab es eine versteckte Krise, die immer noch nicht wirklich gelöst ist und die das Verhältnis zwischen den Kommunisten und einer Reihe der anderen Regierungsmitglieder betrifft. Außenpolitisch haben wir die noch verstärkte Intervention von deutscher und italienischer Seite. Und zugleich haben sich unter Führung der englischen Bourgeoisie die Kräfte verstärkt, die einem Waffenstillstand, einem Kompromiß zusteuern.

Gibt es da noch Chancen? Es gibt sie, und wir sagten schon, daß jeder Defaitismus schonungslos bekämpft werden muß. Und selbst wenn vieles noch so schlimm und kaum mehr gut zu machen ist: Franco bleibt der Feind Nummer eins! Um ihn zu schlagen bedarf es der festen Aktionseinheit der Arbeiterkräfte und aller antifaschistischen Elemente. Wer sich dem widersetzt oder wer es durch seine Handlungen unmöglich macht, läßt ungeheure geschichtliche Verantwortung auf seine Schultern. Die deutsche Arbeiterbewegung ist kampfflos zugrunde gegangen, weil sie sich nicht zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind durchrang. Der spanische Freiheitskrieg darf sich nicht im inneren Kampf verbluten. Um das zu verhindern und um die revolutionären Errungenschaften zu retten, bedarf es im Rahmen breiter Aktionseinheit einer Sammlung der bewußt sozialistischen Kräfte aus dem sozialistischen, kommunistischen, anarchistischen und unabhängigen Lager in einem festen Schutz- und Trutzbündnis. Nur so kann man den Krieg gewinnen und die Revolution retten.

Unsere Aufgaben

Die internationale Arbeiterbewegung kann viel tun, um den endgültigen Ausgang der spanischen Auseinandersetzung entscheidend zu beeinflussen. Für die internationale Arbeiterklasse, für Freiheit und Sozialismus in der ganzen Welt, hängt außerordentlich viel von dem Ausgang des spanischen Kampfes ab. Schon hat der Kampf auf spanischem Boden dazu geführt, daß der Faschismus tief getroffen wurde. Seine Unverwundbarkeitslegende ist zerstört. Deutsche Flugzeuge wurden bei Madrid, italienische Divisionen bei Guadalajara vernichtet. Die internationale Ar-

beiterklasse und ganz besonders die geknechtete Arbeiterschaft im faschistischen Deutschland hat aus dem heroischen Kampf ihrer spanischen Brüder neue Kraft geschöpft.

Jetzt ist es an ihr, aktiv einzuspringen. Ein Jahr ist vergangen, und die so notwendige einheitliche internationale Solidaritätsbewegung ist, vor allem wegen der Sabotage von Führern der II. Internationale und des IGB, nicht zustande gekommen. Sie muß erzwungen werden.

Diese einheitliche Hilfsbewegung der internationalen Arbeiterklasse muß sich erstrecken auf die unmittelbare Hilfe für Spanien, auf den Kampf gegen die faschistischen Interventionen, für die Zurückziehung der faschistischen Armeen und Flotten. Sie muß sich aber auch vor allem entwickeln als ein Druck auf die Regierungen der demokratischen Länder. Die Blockade gegen das antifaschistische Spanien muß fallen. Die Begünstigung Francos darf nicht länger geduldet werden. Die Arbeiterklasse darf nicht zulassen, daß die englischen und französischen Regierungen Schachergeschäfte auf dem Buckel des kämpfenden und leidenden spanischen Volkes machen. Sie muß sich den Kompromißplänen widersetzen. Sie muß dazu beitragen, daß der totale Sieg über Franco errungen wird.

Die internationale Arbeiterbewegung muß aber auch ihre Kräfte dafür einsetzen, daß in Spanien der Bruderkampf nicht weitergeführt wird, daß die Verfolgungen gegen die POUM und andere Revolutionäre aufhören.

Wir als deutsche revolutionäre Sozialisten können heute wenig tun. Wir versprechen aber den spanischen Genossen, daß wir den illegalen Kampf gegen das Hitlerregime, den Schlächter spanischer Arbeiter, Frauen und Kinder, verstärkt fortsetzen werden, daß wir noch mehr als bisher Aufklärung schaffen werden über das verbrecherische Treiben der deutschen Machthaber in Spanien. Gelingt uns das in genügendem Maße – aber auch das setzt einheitliches Handeln voraus! –, dann wird Hitler vielleicht von der spanischen Krankheit nicht mehr genesen. Wir versprechen den spanischen Genossen auch, daß wir ernsthaft daran arbeiten werden, die spanischen Erfahrungen für unseren Befreiungskampf zu verwerten.